

Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung in Thailand: Thaksins Populismus in der Krise

Marco Bünte

Seit Herbst letzten Jahres kommt es in Bangkok regelmäßig zu Protestkundgebungen, an denen sich bis zu 100.000 Menschen beteiligen. Sie fordern den Rücktritt von Premierminister Thaksin. Um die Legitimität seiner Regierung neu zu untermauern, hat dieser für Anfang April Neuwahlen angesetzt.

Analyse:

Die Enthüllung von Korruptionsfällen und die Vermischung wirtschaftlicher und politischer Interessen haben der Legitimität der Regierung Thaksin in Teilen der thailändischen Funktionseleite und der städtischen Bevölkerung Bangkoks schweren Schaden zugefügt. Nach umstrittenen ökonomischen Transaktionen Thaksins hat sich eine heterogene Protestbewegung geformt, die den Rücktritt des Premierministers und politische Reformen verlangt. Der in der ländlichen Bevölkerung beliebte Thaksin weigert sich bislang zurückzutreten.

- Die Proteste offenbaren eine tiefe Spaltung zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung Thailands. Der Grund dafür liegt in der großzügigen Förderung der ländlichen Regionen durch Thaksins Regierung.
- Bei den Gegnern Thaksins handelt es sich um ein breites Sammelbecken zivilgesellschaftlicher Gruppen, deren gemeinsames Ziel darin besteht, den Premierminister zu stürzen. Dieser lehnt einen Rücktritt jedoch ab, weil er sich durch den Wahlsieg im Februar 2005 hinreichend legitimiert sieht.
- Mit der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft wächst die Gefahr eines militärischen Eingreifens. Dies dürfte aber nur dann geschehen, wenn der Konflikt zwischen Regierung und Demokratiebewegung gewalttätig eskaliert.

Key Words: Thailand, Demokratie, Protest, Thaksin

1. Einleitung

Die Herrschaft von Thailands Premierminister Thaksin Shinawatra galt lange als sehr stabil. Während die Mehrparteienregierungen der 1990er Jahre mit einer Lebensdauer von gerade einmal 13 Monaten chronisch instabil waren, konnte sich der im Januar 2001 ins Amt gewählte ehemalige Telekommunikationsunternehmer Thaksin auf eine solide Parlamentsmehrheit stützen und eine ganze Legislaturperiode im Amt überstehen. Im Februar 2005 wurde Thaksin mit einer überwältigenden Mehrheit wiedergewählt. Seine Partei, die Thai Rak Thai (TRT, „Thais lieben Thais“), verfügt seitdem über eine Zweidrittelmehrheit. Thaksin selbst gab vor den Wahlen an, noch zwei weitere Amtsperioden regieren zu wollen, um die Armut im Lande beseitigen und Thailand in die Riege der Industrienationen führen zu können. Sein Wahlsieg und die ungeheure Popularität bei den ländlichen Massen schien ihm hinreichend Legitimität dafür zu geben. Seit Herbst letzten Jahres rollt jedoch eine riesige Protestwelle durch das Land. Regelmäßig kommen zwischen 50.000 und 100.000 Menschen in Bangkok zusammen und fordern Thaksins Rücktritt.

2. Thailand unter Thaksin

Thaksins Herrschaft ist als „demokratischer Autoritarismus“ (Thitinan 2003), „autoritärer Populismus“ (Bünthe 2004) oder als „Pluto-Populismus“ (Pasuk 2005) bezeichnet worden. Die Begriffe weisen darauf hin, dass Thaksin in den letzten Jahren sowohl populistisch-nationalistische als auch repressive Strategien angewendet hat, um seine Herrschaft abzusichern. So konnte Thaksin mit seiner populistischen Politik die ländliche Bevölkerung, radikale Bauernorganisationen und einige Bürgerrechtler für sich gewinnen. Durch stark nationalistische Rhetorik schaffte er es ferner, sich die Unterstützung der Großindustrie und der Business-Elite zu sichern. Nachdem Thaksin diese Gruppen mobilisiert und in sein Klientelnetz integriert hatte, halfen ihm seine Beliebtheit und die dominierende Partei Thai Rak Thai, seine Herrschaft zu festigen. Durch stärkere repressive Maßnahmen gelang es ihm, Kritik zu unterbinden und die Entstehung einer breiten Oppositionsbewegung im Keim zu ersticken.

2.1. Thaksins Weg zur Macht

Mit Thaksin kam im Januar 2001 der reichste Mann Thailands an die Macht. Der ehemalige Unternehmer, der in den 1980er Jahren sein Telekommunikationsimperium aufgebaut hatte und in den 1990er Jahren in die Politik gewechselt war, gründete 1998 seine eigene Partei, die TRT. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise überzeugte er zahlreiche Unternehmer und Großindustrielle, seine Partei zu unterstützen (Pasuk/Baker 2003: 69-73). Zusammen mit einer Reihe von Beratern arbeitete seine Partei ein Programm aus, das ihn bei den Wahlen im Januar 2001 an die Macht bringen sollte.

Im Mittelpunkt seiner Wirtschaftspolitik („Thaksinomics“) stand die Förderung der ländlichen Gebiete. Um sich die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung zu sichern, versprach Thaksin ein Schuldenmoratorium für Kleinbauern, die Bereitstellung eines Fonds für die 75.000 Dörfer des Landes und die Einführung eines kostengünstigen Gesundheitssystems. Thaksin gelobte darüber hinaus, Thailand von der Armut zu befreien und das gravierende Drogenproblem des Landes in den Griff zu bekommen. Diese Programme wurden als populistisch gebrandmarkt, weil der ehemalige Unternehmer und Multimillionär als Repräsentant der Großindustrie explizit die ländliche Bevölkerung ins Zentrum seiner Politik stellte (Pasuk/Baker 2005, Bünthe 2004). Diese Gruppe war im thailändischen Industrialisierungsprozess größtenteils vernachlässigt worden, sie stellte aber immer noch das Gros der Wählerschaft dar. Mit mehr als einem Viertel der Parlamentssitze kommt z.B. dem Nordosten, dem thailändischen Armenhaus, die größte politische Bedeutung zu. Thaksins „Dual Track Policy“ sah nun vor, die Exportorientierung der thailändischen Wirtschaft beizubehalten, gleichzeitig aber die ländliche Basis des thailändischen Kapitalismus auszubauen. Auf dem Wege der Kreditfinanzierung sollten aus Bauern Unternehmer werden. Thaksin zog mit diesen Programmen viele radikale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf seine Seite, die eine Abkehr vom thailändischen Entwicklungsweg und eine Rückbesinnung auf ländliche Werte forderten. Thaksin schlug vermehrt auch nationalistische Töne an und kritisierte die Politik des IWF, die er für die Wirtschaftskrise in Thailand verantwortlich machte. Damit wandte er sich an

die industrielle Geschäftsélite des Landes, deren Unterstützung er auf diese Weise gewann (Glasmann 2004). Thaksin präsentierte sich als charismatischer und durchsetzungsstarker Führer, der Thailand wie der Manager eines Unternehmens („CEO of Thailand Inc.“) aus der Krise führen würde.

Nach seiner Wahl im Januar 2001 machte Thaksin sich daran, zahlreiche der versprochenen Projekte umzusetzen. Er zentralisierte den Herrschaftsapparat und begann damit, einige Projekte, die der ländlichen Bevölkerung zugute kommen sollten, zu initiieren. Das Schuldenmoratorium für Kleinbauern sollte der Umschuldung der Bauern dienen, gleichzeitig versuchte die Regierung, Landrechte aufzuwerten, damit Bauern sie gegenüber den Banken geltend machen konnten. Dies sollte die unternehmerischen Aktivitäten der Bauern fördern und gleichzeitig die Binnennachfrage ankurbeln. Alle diese Programme trugen dazu bei, dass die Binnennachfrage anstieg und Thailand sich wirtschaftlich erholte. Im zweiten und dritten Jahr der Amtszeit Thaksins zeigte sich jedoch, dass der private Konsum an seine Grenzen stieß. Die Regierung reagierte darauf mit Investitionen in die Infrastruktur des Landes. Thailand gehörte mit Wachstumsraten von 5,3 Prozent im Jahre 2002 und 6,6 Prozent im Jahre 2004 zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften Asiens. Der wirtschaftliche Erfolg machte sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Seit der Amtsübernahme von Thaksin wurden sieben Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Der Erfolg trug zur schnellen Gesundung bei, so dass Thailand bereits im Jahr 2003 die letzte Rate der IWF-Kredite zurückzahlen konnte. Mit stark nationalistischen Untertönen verkündete Thaksin die „Befreiung“ Thailands vom IWF.

2.2. Die Stabilität von Thaksins Herrschaft

Die Stabilität von Thaksins Herrschaft fußt aber nicht nur auf der großen Popularität des Regierungschefs bei den ländlichen Massen. Sie lässt sich auch mit dem Aufbau persönlicher Klientelnetzen (*phuak*) in Militär, Großindustrie und Parteien begründen (Mc Cargo/Ukrist 2005: 220). Thaksin hat in den letzten Jahren Schlüsselpositionen in Armee und Verwaltung mit engen Vertrauten besetzt. Seine Partei wurde in Folge der Asienkrise von zahlreichen Vertretern des Big Business gestützt, die auch Schlüsselpositionen in

der Parteispitze einnahmen. Nach den Wahlen im Januar 2001, die der TRT eine große Mehrheit im Parlament bescherten, setzte ein Konzentrationsprozess im Parteiensystem ein, der die Stabilität der Regierung noch vergrößerte. Der TRT schlossen sich zuerst die New Aspiration Party und später die Chart Pattana Party an. Bei den Wahlen im Februar 2005 erhielt die TRT die Dreiviertelmehrheit im Parlament. Dadurch entstand ein dominantes Parteiensystem unter Führung der TRT. Neben der TRT, die drei Viertel der Parlamentssitze innehatte, und der Demokratischen Partei, die auf 96 Sitze kam, waren nur noch die Chart-Thai-Partei (25 Sitze) und die Mahachon-Partei (zwei Sitze) im Parlament vertreten. Der Opposition war es nur eingeschränkt möglich, die Regierung zu kontrollieren. Sie konnte weder ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister noch gegen einzelne Minister der Regierung einbringen. Kritiker der Regierung sprachen deshalb von einer „parlamentarischen Diktatur des Premierministers“.

2.3. Repression der Opposition und Kontrolle der Medien

Unter Thaksin ist der Prozess der demokratischen Konsolidierung, der in den 1990er Jahren einsetzte und mit der Verabschiedung der so genannten „People’s Constitution“ 1997 ihren Höhepunkt erlebte (Bünthe 2000), zum Erliegen gekommen. Thailand ist zwar nicht in eine rigide Form des Autoritarismus zurückgefallen. Die Parlamentswahlen 2001 und 2005 und die Senatswahlen im Jahr 2000 belegen, dass die Minimalbedingungen für eine Demokratie erfüllt sind. Dennoch ist es in den vergangenen Jahren zu Rückschritten bei der Demokratisierung gekommen.

Negative Entwicklungen waren insbesondere bei den unabhängigen Institutionen, die die Regierung kontrollieren sollen, bei der Pressefreiheit und den Menschenrechten zu erkennen. Die neu eingerichteten, unabhängigen Institutionen, die für mehr Transparenz sorgen und die Regierung kontrollieren sollten, sind in den letzten fünf Jahren immer mehr politisiert und in ihrer Funktionsfähigkeit beschnitten worden. Der neuen Verfassung nach mächtige Institutionen wie die Korruptionsbekämpfungsbehörde (National Counter Corruption Commission – NCCC), die Wahlkommission oder das Verfassungsgericht wurden durch politische Einflussnahme Thaksins oder seiner Anhänger geschwächt. Der Einfluss

der Korruptionsbekämpfungsbehörde wurde beispielsweise durch die Neubesetzung mit regierungsnahen Mitgliedern nach 2003 erheblich gemindert. Die Behörde hatte sich vorher den Ruf erworben, hart gegen Korruption vorzugehen. Sie zögerte nicht, hohe Politiker wie den ehemaligen Innenminister Sanaan Kachornprasat (im Sommer 2000) oder den ehemaligen Gesundheitsminister Rakkiat Sukthana (im Sommer 2003) aus der Politik zu verbannen, weil sie ihre Vermögensverhältnisse nicht hinreichend angegeben hatten. Auch Thaksin selbst wurde im Jahre 2001 von der NCCC für schuldig befunden, seine Reichtümer nicht vollständig angegeben zu haben. Das Urteil wurde jedoch später vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben. Die Neubesetzung der Kommission mit regierungsnahen Vertretern im Herbst 2003 hat die Behörde erheblich geschwächt.

Überdies wurde die Pressefreiheit durch die finanzielle Macht der Unternehmensgruppe Thaksins und Angriffe auf Journalisten gefährdet. Häufig werden kritische Journalisten von der Regierung wegen Verleumdung gerichtlich verfolgt. Die Beschneidung der Pressefreiheit wird auch von Freedom House dokumentiert. Unter Thaksin wurde die thailändische Presse nur noch als „teilweise frei“ bezeichnet, während sie vor seinem Amtsantritt 2001 noch das Prädikat frei erhalten hatte. Der wachsende Autoritarismus spiegelt sich auch in der Menschenrechtssituation wieder. So kam es unter Thaksin vermehrt zu Verletzungen der Menschenrechte, beispielsweise im sog. Drogenkrieg 2003 oder bei der Bekämpfung der Gewalt in Thailands Süden.

3. Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung: Eine Chronologie

Die thailändische Demokratiebewegung war über Jahre hinweg relativ wirkungslos. Seit dem Übergang zur Demokratie im Mai 1992, als mehrere 100.000 Menschen auf die Straße gingen und gegen den Militärherrscher Suchinda Kaprayoon demonstrierten (Bünthe 2002), konnte sie keine größeren Massen mehr mobilisieren. Die Bewegung, die Mitte der 1990er Jahre zu politischen Reformen und 1997 zur Abfassung einer neuen Verfassung führte, war letztlich ein elitäres Projekt aus liberalen, progressiven und konservativen Kräften, um die Macht gewählter Politiker zu begrenzen (McCargo 2002:3). Unter Thaksin wurden die pro-

gressiven Kräfte jedoch entweder kooptiert oder unterdrückt. So gelang es Thaksin einerseits, mit Hilfe seiner Programme zur Förderung des ländlichen Raumes zahlreiche NGOs auf seine Seite zu ziehen. Andererseits verschärfte er die Repression gegenüber der Opposition.

3.1. Der Beginn der Demonstrationen unter der Führung von Sondhi Limthongkul

Im Herbst letzten Jahres entwickelte sich eine Protestbewegung, die von dem Medienunternehmer Sondhi Limthongkul angeführt wurde. Der ehemalige Freund und politische Verbündete von Premierminister Thaksin zog bei seinen wöchentlichen Veranstaltungen mehr als 50.000 Menschen an, bei denen Thaksins Hang zum Autoritarismus und die weit reichende Korruption innerhalb der Regierung kritisiert wurden. Im Wahlkampf hatte Thaksin stets darauf verwiesen, dass er als reicher Unternehmer ein Garant für eine saubere Regierung sei, weil er gar keine Bereicherung nötig habe. Im letzten Jahr erregte ein Korruptionsskandal im Zusammenhang mit dem Bau von Bangkoks internationalem Flughafen, in den offenbar Mitglieder des Kabinetts verwickelt waren, wenig Aufsehen. Anstoß erregte aber die Tatsache, dass die Vorsitzende des Rechnungshofes Jaruvan Maintaka zwei Jahre lang systematisch daran gehindert wurde, dem Fall nachzugehen (Straits Times, 16.1.2006). Sondhi prangerte dies an und enthüllte weitere pikante Details. So behauptete er, dass Thaksins Schwester ein Flugzeug des Militärs benutzt habe, um Freunde zu einer privaten Geburtstagsparty zu fliegen. Außerdem diene Thaksins Privatisierungspolitik ganz eindeutig den Interessen seines eigenen Unternehmens.

In dieser Phase waren die Proteste allerdings keine Sammelbewegung, die die Interessen unterschiedlicher Gruppen artikulierten. Vielmehr schien es sich um den persönlichen Rachefeldzug eines ehemaligen Verbündeten Thaksins zu handeln, der auf die Massen große Anziehungskraft ausübte. Der Hintergrund für den Aufruhr war nach Meinung der thailändischen Medien, dass Sondhi bei der Vergabe einer Lizenz zum Betrieb eines eigenen Fernsehsenders von Thaksin übergeben worden war. Nachdem Sondhi im September angefangen hatte, Thaksins Politik in seiner eigenen Fernsehshow zu kritisieren, setzte dieser die Sendung kurzerhand ab. Sondhi verlagerte seine Auftritte in einen Universitätssaal. Im November

und Dezember zogen die Austritte Sondhis immer mehr Menschen an, so dass die Veranstaltungen in den Lumpini-Park verlegt werden mussten. Sondhi forderte die Absetzung Thaksins und legte dafür Anfang Februar beim König eine Petition vor. Andere zivilgesellschaftliche Gruppen hatten sich zu diesem Zeitpunkt der Bewegung noch nicht angeschlossen. Ihr Misstrauen gegenüber Sondhi und seinen Motiven ließ sie vor einem Engagement zurückschrecken. Die Sondhi-Bewegung war stattdessen der „Kristallisationspunkt einer hauptstädtischen schweigenden Mehrheit, die genug hatte von Thaksin, sich aber bislang nicht öffentlich zu äußern gewagt hatte“ (Neue Zürcher Zeitung, 4.2.2006).

3.2. *Die Ausweitung der Proteste und die Geburt der „Volksallianz für Demokratie“*

Im Februar weiteten sich die Proteste schlagartig aus. Rund 30 zivilgesellschaftliche Gruppen schlossen sich der Protestbewegung an (Straits Times, 10.2.2006). Die neu entstandene „Volksallianz für Demokratie“ (People's Alliance for Democracy – PAD) mobilisierte bis Mitte März in wöchentlichen Demonstrationen jeweils zwischen 60.000 und 100.000 Menschen, die den Rücktritt des Premiers forderten. Der Auslöser für die Ausweitung der Massenproteste war der Verkauf der Mehrheitsanteile der Familie Shinawatra an Thaksins Unternehmen. Am 23. Januar verkündete Thaksin, dass er die Anteile an der Shin Corporation für 1,88 Mrd. US\$ an die Temasek Investitionsgesellschaft aus Singapur verkaufen werde. Thaksin gab als Grund an, Interessenkonflikte zwischen der Rolle des Regierungschefs und derjenigen des Besitzers eines der größten Konzerne des Landes vermeiden zu wollen. Dieser Schritt, der eigentlich Thaksins Kritiker besänftigen sollte, ließ die Situation eskalieren. Zur Empörung kam es nicht nur, weil der Unternehmensverkauf steuerfrei über die Bühne ging, sondern auch weil ein angeblich national wichtiges Gut nach Singapur verkauft wurde. Nach der Verkündung der Übernahme traten zwei Minister aus Thaksins Kabinett aus ethischen Gründen zurück. Die öffentliche Erregung über den Verkauf war groß und ließ auch die Protestbewegung weiter anwachsen. Angeführt wurden die Proteste von Sondhi, ihr schlossen sich nun auch Demokratiegruppen wie die Kampagne für Volksdemokratie (Campaign for Popular Democracy – CPD) oder der Kampagne für Medienreformen

(Campaign for Popular Media Reform – CPM) an. Darüber hinaus wurden auch Freihandels- und Privatisierungsgegner, Lehrer und Studenten aktiv. Die Freihandelsgegner hatten erst im Januar zu Protesten gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA aufgerufen. Zu ihnen zählen verschiedene ländliche NGOs, die eine stärkere Konkurrenz für die thailändischen Agrarprodukte befürchten. An den Demonstrationen nahmen auch die Gewerkschaften der großen Staatsunternehmen teil. Diese stehen der geplanten Privatisierung zahlreicher staatlicher Unternehmen wie etwa der Elektrizitätsgesellschaft (EGAT) skeptisch gegenüber. Der Verkauf von Shin Corp an ein ausländisches Unternehmen hatte sie in ihrem Protest bestärkt. Auch andere Gewerkschaften schlossen sich dem Protest an – mit ihren mehr als 200.000 Mitgliedern haben die Gewerkschaften ein hohes Mobilisierungspotenzial, das noch keineswegs ausgeschöpft scheint. Auch Lehrer traten dem Protest bei. Diese Gruppe war insbesondere über die Dezentralisierungspolitik des Premierministers enttäuscht, der den Erziehungssektor in die Hände der Lokalregierungen übertragen sollte. Hinzu kam die Studentenschaft. Die beiden größten Universitäten des Landes schlossen sich mit den Studenten und Lehrkörpern den Protestaufrufen an. Die Studenten sammelten 70.000 Unterschriften zur Unterstützung der Rücktrittsforderung gegen Thaksin. Rund 100 angesehene Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben richteten außerdem eine Petition an den König, den sie aufforderten, Thaksin abzusetzen und eine Übergangsregierung zu bilden.

Die heterogene Bewegung, die einzig und allein das Ziel von Thaksins Rücktritt verfolgte, erhielt noch einmal moralische Unterstützung, als sich Mitte Februar Thaksins politischer Mentor Chamlong Srimuang den Protesten anschloss. Der ehemalige Bürgermeister von Bangkok, der 1992 die Demokratiebewegung im Kampf gegen Suchinda erfolgreich angeführt hatte, genießt in Thailand hohes Ansehen. Die ihm nahe stehende buddhistische Sekte Sante Asoke vereint mehrere Hunderttausend Mitglieder. Die Protestbewegung umfasst folglich einen großen Teil der thailändischen Funktionselite – lediglich die Großindustrie und die Regierungspartei halten an Thaksin fest. Bis auf einige TRT-Mitglieder, die ins gegnerische Lager überliefen, blieb die Regierungspartei Thaksin gegenüber loyal. Die Demokratische Partei nahm die Situation zum Anlass, Reformen

und Verfassungsänderungen zu fordern. Sie versuchte, die Protestwelle für ihre Zwecke auszunutzen. Bis Mitte März ist sie jedoch kein Teil der „Volksallianz für Demokratie“ geworden.

3.3. *Thaksins Reaktionen*

Trotz wochenlanger Demonstrationen mit jeweils mehr als 60.000 Teilnehmern lehnte es Thaksin ab zurückzutreten. Er werde sich der „Herrschaft des Mobs“ nicht beugen, ließ der Premierminister verkünden. Er berief sich dabei auf seine Legitimation durch die Wahlen im Februar 2005, bei denen ihm 19 Millionen Thais ihre Stimme gegeben hatten. Die illegale Amtsenthebung eines gewählten Regierungschefs dürfe nicht hingenommen werden, sagte der Premier (The Nation, 25.2.2006). Thaksin rief Neuwahlen für Anfang April aus und signalisierte so, dass er bereit sei, die Macht an das Volk wieder zurückzugeben. Anfang März wurden rund 200.000 Anhänger aus den Provinzen nach Bangkok geleitet, um für den Regierungschef zu demonstrieren. Presseberichten zufolge waren die TRT-Abgeordneten angehalten worden, je 1.000 Teilnehmer aus ihren Wahlkreisen nach Bangkok zu bringen. Außerdem soll Geld geflossen sein, um die Demonstranten zu motivieren. Thaksin eröffnete seinen Wahlkampf mit der Ankündigung, in den nächsten Jahren 10 Mio. Baht für die Entwicklung ländlicher Räume auszugeben. Er äußerte auch seine Bereitschaft, Reformen einzuleiten und ein unabhängiges Gremium einzusetzen, um die Reformen auf den Weg zu bringen (Bangkok Post, 7.3.2006). Damit kommt er der Opposition in wesentlichen Punkten entgegen. Die Ankündigungen dienen dem primären Ziel, den Protest und politischen Druck auf seine Regierung abzuschwächen. Bei den Wahlen hat die TRT aufgrund des knapp bemessenen Zeitrahmens, der finanziellen Ausstattung der Partei und der Beliebtheit des Premierministers einen großen Vorteil gegenüber den Oppositionsparteien. Deshalb ist zu erwarten, dass Thaksin seinen Erdrutschsieg wiederholen wird. Zwar wird die Partei einige Sitze in Bangkok verlieren (bei den Wahlen 2005 gewann die TRT 32 von 37 Sitzen in der Hauptstadt), im übrigen Land dürfte sie aufgrund der großen Beliebtheit des Premierministers und der Geschlossenheit der TRT jedoch einen Sieg erzielen. Die Opposition hat bereits den Boykott der Wahlen angekündigt. Mehrere Versuche Thaksins, die Oppositionspar-

teien zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen, schlugen fehl (The Nation, 5.3.2006).

3.4. *Wachsende Polarisierung: Was macht das Militär?*

Angesichts der anhaltenden Pattsituation zwischen der Volksallianz für Demokratie und Thaksins Anhängern sowie einer immer stärkeren Polarisierung zwischen beiden Lagern verdichteten sich die Gerüchte über ein Eingreifen des Militärs. Verteidigungsminister Thammarak warnte bei einem Gespräch die obersten Militärs vor einem Eingreifen (Bangkok Post, 3.3.2006). Die Thaksin nahe stehenden Generäle trafen sich zu Geheimgesprächen (Bangkok Post, 27.2.2006). Das Militär war lange Zeit der dominierende Faktor in der thailändischen Politik und spielt auch heute noch eine wichtige Rolle. Nach Abschaffung der absoluten Monarchie 1932 bis zur Demokratisierung 1992 dominierte das Militär die Politik. Es gab in dieser Zeit 16 Militärputsche, und die meiste Zeit nahmen Militärs die Regierungsgeschäfte wahr. Zu einer stärkeren Professionalisierung des Militärs ist es erst nach der Demokratisierung gekommen. Die Entfernung der Militärs aus Aufsichtsräten, die Abschaffung des Gesetzes zur inneren Sicherheit sowie die Anpassung der Lehrpläne der Chulachomklao-Militärakademie haben dabei eine wichtige Rolle gespielt. Eine neue Generation von Offizieren ist mittlerweile herangewachsen, die militärische Eingriffe in das Regierungshandeln als antiquiertes Instrument vordemokratischer Gesellschaften ablehnt. In den kritischen Stunden der Demokratie hat das Militär so bisher von einem Putsch abgesehen. Während der Asienkrise lehnte es die Einsetzung einer Übergangsregierung ab, über die mehrere Wochen in der Presse spekuliert worden war. Auch nach den Wahlen zum Senat im Jahr 2000 betonte die Militärführung unter General Sulanont ihre Loyalität gegenüber der zivilen Regierung. Zu einer Suspendierung der neuen Verfassung ließ sich das Militär auch nach Aufforderung durch Teile der konservativen Elite nicht hinreißen. Die erste Phase der Konsolidierung war so durch eine zunehmende Professionalisierung und Zivilisierung des Militärs gekennzeichnet (Bünthe 2000: 78-92; Croissant 2002: Kap. 5). Unter Thaksin ist es jedoch zu einer erneuten Repolitisierung des Militärs gekommen, indem er die Führungsstellen der Armee mit ihm

nahe stehenden Leuten besetzte (McCargo/Ukrist 2005: 134-154). Sollten die Proteste jedoch ihren friedlichen Charakter verlieren, könnte das Militär (oder der König) sich durchaus gezwungen sehen einzugreifen.

4. Thailands Demokratie in der Krise

Gegenwärtig stehen sich zwei Lager gegenüber. Beide offenbaren ein unterschiedliches Verständnis von legitimer politischer Herrschaft. Die Demokratiebewegung, die sich im Wesentlichen auf die Bangkokere Mittelschicht und zivilgesellschaftliche Elite beschränkt, versteht unter legitimer politischer Herrschaft gute Regierungsführung (*good governance*) im Sinne von demokratischer Partizipation und Korruptionsfreiheit. Thaksin hat jedoch nach Meinung der Demokratiebewegung der Hauptstadt gegen diese Prinzipien verstoßen. Die ländliche Bevölkerung bewertet jedoch vielmehr die materiellen Ergebnisse der Politik. Sie schätzt Thaksins Engagement für die ländlichen Regionen des Königreichs. Noch nie hat ein thailändischer Premierminister die ländlichen Regionen derart ins Zentrum seiner Politik gestellt. Ganz anders als Thaksin waren frühere Premierminister in den ländlichen Regionen nicht einmal bekannt. Thaksins Popularität basiert also auf der Umsetzung seiner populistischen Politik. Diese Deutungsmuster hatten bereits in den 1990er Jahren zu einer erheblichen Instabilität in der thailändischen Politik geführt. Damals wurden die Regierungen auf dem Lande gewählt und in Bangkok gestürzt. Die unterschiedlichen Vorstellungen von politischer Herrschaft verweisen auch auf die Ungleichheiten im Modernisierungsprozess, der in Thailand fast ausschließlich auf den Großraum Bangkok konzentriert ist. Hier findet sich eine moderne Wirtschaft und Funktionselite, während den Großteil der Bevölkerung im Norden und Nordosten nach wie vor die Bauern bilden. Thaksins populistischer Politikansatz war der Versuch eines mittleren Weges, die Interessen von Großindustrie und ländlicher Gesellschaft zu vereinen. Aufgrund der massiven Korruption, der Knebelung der Medien und der Repression der Opposition verlor er jedoch die Unterstützung wesentlicher Teile der Mittelschicht Bangkoks und brachte wichtige gesellschaftliche Gruppen gegen sich auf.

Sollte die Situation eskalieren und die Demonstrationen ihren friedlichen Charakter ver-

lieren, besteht die Gefahr eines militärischen Eingreifens. Bleibt es hingegen bei der Pattsituation, wird über kurz oder lang der König einschreiten und die Protestparteien zur Einigung auffordern. Das Militär und der Kronrat bemühen sich darum, die Konfliktparteien zu Gesprächen zu bewegen. Nachdem Mitte März einige kleinere Bomben in Bangkok explodierten, intensivierte die Krone ihre Anstrengungen im Hinblick auf eine friedliche Konfliktlösung. Der National Economic and Social Advisory Council (NESAC) hat den ehemaligen Premierminister Prem damit beauftragt, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln (Bangkok Post. 12.3.2006). Beide Parteien stehen Gesprächen nicht mehr ablehnend gegenüber. Fraglich erscheint indes, ob sich Thaksin und die Demokratiebewegung auf eine Lösung einigen können. Die Schärfe, mit der dieser Konflikt bisher ausgetragen wurde, legt jedoch die Vermutung nahe, dass die politische Stabilität, die das Königreich Thailand in den vergangenen fünf Jahren ausgezeichnet hat, vorbei ist.

Literatur

- Croissant, Aurel (2002), Von der Transition zur defekten Demokratie: Politische Entwicklungen in den Philippinen, Südkorea und Thailand, Wiesbaden.
- Glassman, Jim (2004), Economic Nationalism in a Post-Nationalist Era – the political economy of economic policy in post-crisis Thailand, in: *Pacific Affairs*, 36, March, S. 37-64.
- McCargo, Duncan (2002), Introduction – Understanding Political Reform in Thailand, in: ders. (Hrsg.): *Political Reform in Thailand*, Copenhagen: NIAS, S. 1-21.
- McCargo, Duncan / Ukrist Pathmanand (2005), *The Thaksinization of Thailand*, Copenhagen: NIAS.
- Pasuk Phongpaichit / Chris Baker (2004), *Pluto Populism in Thailand: Business Remaking Politics*, in: Eva Lotta Hedman / John T. Sidel (Hrsg.): *Populism and Reformism in Southeast Asia*, New Haven.
- Pasuk Phongpaichit / Chris Baker (2005), *Thaksin – The Business of Politics in Thailand*, Copenhagen: NIAS.
- Thitinan Pongsudhirak (2003), *Democratic Authoritarianism*, in: *Southeast Asian Affairs 2003*, S. 277-290.

■ Der Autor

Dr. Marco Bünte ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde.
E-Mail: buente@giga-hamburg.de, Website: www.giga-hamburg.de/ifa/buente.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das GIGA beschäftigt sich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ mit Demokratisierungsproblemen in Südostasien. Der Autor des Artikels hat dabei mehrere Arbeiten über die Entwicklungsdynamiken von Hybridregimen in Südostasien (darunter Thailand) vorgelegt.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Bünte, Marco (2000): Probleme der Demokratischen Konsolidierung in Thailand, Hamburg: Institut für Asienkunde.

- (2002): Consolidating Thai Democracy, in: Michael Nelson (Hrsg.), Thailand's New Politics, Bangkok: White Lotus, S. 177-219.
- (2004): Thailand unter Thaksin – eine Bilanz der ersten Amtszeit, in: Südostasien aktuell, November 2004, S. 539-551.
- (2005): Parlamentswahlen in Thailand. Erdrutschsieg für Thaksins Thai Rak Thai, in: Südostasien aktuell, 2/2005, S. 7-10.
- (i.E.): Hybride Regime in Südostasien. Genese, Gestalt und Entwicklungsdynamiken, in: Gert Pickel et al. (Hrsg.): Demokratisierungsprozesse in internationaler Perspektive, Westdeutscher Verlag.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien ist einer der größten europäischen Think Tanks für *area studies* und *vergleichende area studies*. Thematisch befasst sich das GIGA mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie mit globalen Herausforderungen. Die Umstrukturierung des vormaligen Deutschen Übersee-Instituts ist inzwischen weit fortgeschritten und verbessert die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu vermitteln. Neben den etablierten Regionalinstituten (Deutsches Orient-Institut, Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde) sorgen drei neue übergreifende Forschungsschwerpunkte für einen regional vergleichenden Blick auf zentrale Phänomene einer zunehmend globalisierten Entwicklung, die gleichzeitig Chancen und Probleme in sich birgt.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Asien* wird vom Institut für Asienkunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Thomas Kern; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asienkunde

IMPRESSUM